

Nachfolgend geben wir den gestrigen Beitrag im 'Echo der Zeit', Radio SRF 1, zur Sistierung der AP 22+ im Nationalrat wieder mit einem anschliessenden Kommentar der SVIL:

Agrarpolitik 2022 zurückgestellt

Echo der Zeit, Dienstag 16. März 2021, 18 Uhr, Wortlaut der Redaktion (Abschrift):

«Der Bauernverband hat im Parlament seine Macht bewiesen und hat die Mehrheit dazu gebracht, die seit Jahren geplante Agrarreform auf Eis zu legen. Ist es sinnvoll, sich diese Zeit zu nehmen? Frage an Robert Finger, Professor für Agrarpolitik an der ETH Zürich.

Wie war das möglich? Die Bauern sind im Parlament nicht die Mehrheit.

Der SBV setzt seine Sicht der Dinge durch.

So gelang es ihm eine jahrelang vorbereitete Reform zu stoppen, um den ökologischen Fussabdruck der Landwirtschaft zu verkleinern durch weniger Dünger und weniger Pflanzenschutzmittel und Beitrag zum Klimaschutz.

Das alles sei zum Stillstand gebracht durch einen «Hinterzimmerdeal», bedauert der grüne Nationalrat Kilian Baumann. «Da wurde scheinbar ein Deal gemacht, der Bauernverband hat geholfen die Konzernverantwortungsinitiative zu verhindern, was gelungen ist, und jetzt helfen liberale Kreise diese Agrarreform zu blockieren und zu stoppen.

Tatsächlich ist die Vorlage, die noch vom ehemaligen Bundesrat Johann Schneider Ammann präsentiert wurde, mit Hilfe der FDP auf die lange Bank geschoben worden. SVP und die Mitte folgen dem Bauernverband sowieso. Den Kuhhandel streitet aber NR Markus Ritter, Präsident des SBV und Mitglied der Mittepartei, ab. Ritter: «Es gibt keinen Kuhhandel. Aber wir führen Gespräche mit allen, nicht nur mit der Wirtschaft, mit umweltrelevanten Organisationen. Wir versuchen breit aufgestellt zu sein, damit wir auch gesellschaftliche Interessen berücksichtigen können.

Die Agrarreform hätte das bäuerliche Einkommen geschmälert und die Produktion gesenkt, sind die Argumente des Bauernverbandes. Er setzte sich gegen Bundesrat Parmelin und gegen Grüne und SP durch. Die Sistierung der Agrarreform sei ein Trauerspiel, erklärt die grünliberale Katrin Bertschy, und der Status quo unhaltbar. «Wir subventionieren unsere eigene Umweltzerstörung, wir subventionieren einen fortschreitenden irreversiblen Biodiversitätsverlust, ein Artensterben in diesem Land von Insekten, Vögeln, Fischen, das ungestoppt voranschreitet.

Nun heisst es zurück auf Feld 1. Das Parlament verlangt vom Bundesrat eine neue Auslegeordnung, die etwa auch die Ernährungspolitik einbezieht. Eine solche Gesamtschau wird vom Parlament rund in einem Jahr erwartet. Bis auf dieser Basis eine neue Agrarreform gezimmert werden kann, dürften weitere Jahre ins Land gehen. Dem Bauernverband bleibt genügend Zeit die Agrarreform nach seinem Gusto zu gestalten und neue Allianzen zu schmieden, so oder so.»

Interview von Radio SRF 1 mit Prof. Robert Finger, Professor für Agrarpolitik an der ETH Zürich.

Abschrift:

Frage SRF: halten Sie es für sinnvoll, dass man sich Zeit nimmt, die AP neu zu formulieren?

Prof. Finger: In dieser Situation ist Stillstand nicht optimal. Es gibt grosse Probleme und Zielerreichungslücken gerade in den Bereichen Umwelt, Klima, Biodiversität etc. und diese Lücken zu schliessen wird jetzt deutlich schwieriger. Also in dem Sinne ist es eine verpasste Chance, einen Schritt in die richtige Richtung zu machen.

Frage SRF: Aber glauben Sie, bringt diese Verschnaufpause den Bauern und Bäuerinnen etwas?

Prof. Finger: Die gesellschaftlichen Anforderungen an Schritte in die Richtung mehr Umweltschutz, Tierwohl, die sind natürlich angezeigt durch die Volksinitiativen und von da her ist ein grosser Bedarf da Schritte nach vorne zu machen und die zu machen wird jetzt vielleicht weniger einfach.

Frage SRF: Wenn nun diese Ziele vorläufig nicht eingehalten werden können, weil diese Agrarpolitik sistiert wurde, ist dann die Schweizer Landwirtschaft im internationalen Vergleich rückständig?

Prof. Finger: Rückständig ist ein schwieriger Begriff, den würde ich jetzt nicht verwenden, aber es ist sicherlich so, dass es ganz klare Ziele gibt, was die Landwirtschaft leisten soll, dafür sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bereit, sehr viel Geld auszugeben, und das ist auch ok, wenn diese Leistungen eingefordert werden können, dass die Produktion in der Schweiz umweltfreundlicher und mehr auf Tierwohl ausgerichtet ist, als es in anderen Ländern der Fall ist.

Frage SRF: Sind denn andere Länder weiter als die Schweiz bezüglich Umweltschutz?

Prof. Finger: Es ist sehr schwer eine Aussage zu machen. Es gibt sicher Bereiche, wo andere Länder besser sind, zum Beispiel der Biolandbau ist in Österreich wesentlich höher vertreten als in der Schweiz. Es gibt Bereiche, wo die Schweiz in vielen Bereichen besser ist als andere Länder, aber es ist schwierig generell einen solchen Vergleich zu ziehen.

Frage SRF: Jetzt war dem Bauernverband diese Vorlage zu grün, weil aus Ackerland würden zum Teil Ökowieden und man befürchtet Einbussen bei den Einnahmen, ist jetzt diese Agrarreform des Bundesrates besonders grün?

Prof. Finger: Ja ich hab's ja vorhin angesprochen, es ist sicherlich so, dass diese Vorstösse in die Richtung grüner zu werden auch daran festgemacht sind, dass es Zielerreichungslücken gibt, in diesem Bereich und von da her ist es auch angezeigt Schritte in die Richtung zu machen. Gleichzeitig muss auch sichergestellt werden, dass dies nicht auf Kosten der Einkommen der Landwirte, auf Kosten quasi der Versorgungssicherheit gemacht wird und eben hier ist es so, dass Zielkonflikte da sind, die sind fast unausweichlich in kurzer Frist, aber es braucht dann eben doch gute klare Signale, dass diese Zielkonflikte in mittlerer und längerer Frist auch gelöst werden.

Frage SRF: Kann man diesen Zielkonflikt oder diesen Widerspruch zwischen der Versorgungssicherheit des Landes und den Umweltzielen überhaupt auflösen?

Prof. Finger: Nur teilweise! Teilweise, wenn man vielleicht technische Massnahmen findet, Züchtung, neue Technologien, die in der Landwirtschaft immer mehr Einzug finden, wie Präzisionslandwirtschaft, damit kann man teilweise diese Zielkonflikte lösen. Am Ende ist es aber ein politischer Entscheid, gewisse Ziele gegeneinander zu gewichten und so dann eine Entscheidung zu treffen.

Frage SRF: Man hat jetzt eben nicht entschieden, könnte diese Sistierung jetzt vielleicht eine Chance sein, dass man die Landwirtschaft in der Schweiz ganzheitlicher denkt, eben im Sinn einer Ernährungspolitik und nicht bloss einer Landwirtschaftspolitik.

Prof. Finger: Also der Schritt ganzheitlicher zu denken und das ganze System, das ganze Ernährungssystem von der Primärproduktion oder sogar noch davor bis hin zum

Konsumenten zu betrachten, ist absolut richtig. Das schliesst aber überhaupt nicht aus, dass die Landwirtschaft auch nachhaltiger produzieren muss, also der Fokus auf das Ernährungssystem wird immer noch genauso bedingen, dass auch die Landwirtschaft nachhaltiger werden muss.

Frage SRF: Sie haben vorhin die Volksinitiativen angesprochen, die anstehen, die setzen die Landwirtschaft ja gerade ziemlich unter Druck, die Trinkwasserinitiative zum Beispiel oder die Initiative für ein Verbot von synthetischen Pestiziden oder auch die Initiative gegen die Massentierhaltung. Wenn wir über die dann mal abgestimmt haben, und zwei kommen ja schon im Juni zur Abstimmung, wird es dann einfacher sein, über die Agrarreform zu debattieren?

Prof. Finger: Nein, wir beobachten jetzt nicht nur für die kommenden Monate, sondern seit den letzten Jahren und in den nächsten Jahren eine Flut von Volksinitiativen im Bereich der Landwirtschaft, das ist noch nie so dagewesen in der Schweiz. Das zeigt unserer Meinung nach diese Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Erwartung und dem, was die Landwirtschaft und die Agrarpolitik liefern, liefern können im Moment, und diese Diskrepanz, die bleibt natürlich da. Das heisst, zum einen haben wir neben den von Ihnen angesprochenen Initiativen noch andere Dinge, die da kommen wie im Bereich Biodiversität, wo auch die Landwirtschaft ganz zentral betroffen sein wird, zum andern, wenn die Initiativen abgelehnt würden, bleiben die Anliegen ja noch immer da. Also da hat sich ein Spannungsfeld aufgetan zwischen gesellschaftlichen Erwartungen, zwischen dem, wo wir im Moment stehen, wo es eigentlich einen Schritt in eine Richtung bräuchte, wo man wirklich im Dialog im Versuch Konsens zu finden, einen grossen Wurf machen müsste.

Frage SRF: Wenn Sie von diesem Spannungsfeld sprechen, kann man sagen, die Landwirtschaft hat sich ein bisschen von der Gesellschaft entfernt?

Prof. Finger: Ja, es ist hervorzuheben, dass es ein sehr schwieriges Spannungsfeld ist und dass es nicht nur die Landwirtschaft, die hier tätig sein muss, sondern eben, das ist der ganze Sektor, das ist die Agrarpolitik, die damit hereinspielt. 'Entfernt' ist vielleicht ein starker Begriff, aber wir sehen die Diskrepanz, die da aufgeht. Ich denke, es ist legitim für Steuerzahler auch zu artikulieren, was die Präferenzen sind, dazu ist das System ja da und dem auch Rechnung zu tragen.

*

SVIL-Kommentar:

1. Radio SRF versucht im Interview mit Prof. Finger ETH mit der Suggestivfrage «*Wenn Sie von diesem Spannungsfeld sprechen, kann man sagen, die Landwirtschaft hat sich ein bisschen von der Gesellschaft entfernt?*» einen Interessengegensatz zwischen der Landwirtschaft und die Bevölkerung zu behaupten. Auch etliche Aussagen von Prof. Finger tendieren in diese Richtung, dass er die Initiativen zur Ernährungssicherheit und den Verlauf der bisherigen politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz etwas im Hintergrund lässt.

So wurde doch die vom Bauernverband initiierte Ernährungssicherheitsinitiative in Form des auch vom Bauernverband unterstützten Gegenvorschlages 2017 mit überwältigendem Mehr vom Volk in die Verfassung aufgenommen.

Die Bevölkerung will Ernährungssicherheit und sie schätzt die eigene Landwirtschaft aus diesem eigenen Sicherheitsinteresse. Wer das der Bevölkerung auszureden versucht, bedient fremde Interessen.

2. Wir erinnern uns, in der AP 14-17 wurde der Abbau der Direktzahlungen als Einkommensstützung im Parlament durchgesetzt. Direktzahlungen wurden bei der Produktionsstützung weggenommen und zum Leistungsentgelt für ökologische Leistungen umgewandelt. Unter dem Strich führte dies bei der Landwirtschaft zu einer Reduktion der Einkommen aus der Lebensmittelproduktion und zu Mehrarbeit für ökologische Pflegeleistungen, ohne dass

der im Interview mit Prof. Finger angesprochene Grundkonflikt gelöst wurde. Im Gegenteil, Freihandelsargumente wurden neu mit ökologischen Anliegen zu einem Massnahmenbündel verpackt, um sie politisch unangreifbar zu machen und der Debatte zu entziehen.

3. Die AP 14-17 hat der Lebensmittelproduktion somit Einkommen entzogen und die Senkung des Selbstversorgungsgrades eingeleitet, was gegen die Verfassung versties. Um diesen die ganze Gesellschaft treffenden Konflikt zu klären, hat der Bauernverband 2016 die Ernährungssicherheitsinitiative lanciert, die nach verschiedenen Aufweichungsversuchen durch den Bundesrat dann vom Volk im September 2017 mit überwältigendem Mehr angenommen wurde.

4. Daraufhin schritt der Bundesrat im November 2017 abermals zur Gegenoffensive und versuchte wiederum den Selbstversorgungsgrad und die Einkommen zu senken, was somit auch gegen den neuen Verfassungsartikel 104a BV versties. Der Bundesrat gab seinem Vorgehen jedoch den irreführenden Titel «Gesamtschau». Das Parlament hat diese 'Gesamtschau' im Folgejahr an den Bundesrat zur Überarbeitung zurückgewiesen. Doch offenbar hatte man dieses klare Signal überhört.

5. Eine grundlegende Fehlkonstruktion der AP 14-17 und fortfolgenden AP 22+ ist, dass der Zielkonflikt zwischen der Lebensmittelproduktion und der Natur mit einer Zweckentfremdung der Direktzahlungen zu lösen versucht wurde.

Die Landwirtschaft kann jedoch nicht gleichzeitig ökonomischer und ökologischer werden.

6. Die mit der AP 2002 eingeführten Direktzahlungen müssen die WTO-bedingten niedrigeren Produzentenpreise ausgleichen, um im Hochpreis- und Hochlohnland Schweiz überhaupt Landwirtschaft betreiben zu können.

Der grundlegende Zielkonflikt zwischen Wirtschaft und Natur, den Prof. Finger ETH als übergreifendes Problem bestätigt hat, wurde in der AP 2002 durch die Setzung von ökologischen Mindeststandards einbezogen.

7. Anstatt an diesem Konzept nach Massgabe finanzieller und technischer Möglichkeiten im Sinne der heute als Gegenvorschlag vorliegenden Absenkpfade weiterzuarbeiten, wurde alternativ im Parlament die Zweckentfremdung der Direktzahlungen in der AP 14-17 durchgesetzt. Dieses von Links-Grün im Verbund mit den Freihandelsinteressen im Parlament durchgebrachte Konzept bestärkte in der Folge ganz entscheidend die Fehleinschätzung der Schutzorganisationen und der Initianten für sauberes Trinkwasser, Pestizidverbot etc.. So wird behauptet, die Subventionen für die Landwirtschaft seien gesprochen worden, um ökologische Leistungen zu entschädigen. Mit dieser völlig falschen Behauptung wird unterstellt, die verfassungsmässige Stützung der Landwirtschaft befinde sich auf einem völlig falschen Pfad. «Wir subventionieren unsere eigene Umweltzerstörung, wir subventionieren einen fortschreitenden irreversiblen Biodiversitätsverlust, ein Artensterben in diesem Land von Insekten, Vögeln, Fischen, das ungestoppt voranschreitet», wird gefolgert.

8. Vielmehr geht es doch darum, den bestehenden Zielkonflikt offen zu akzeptieren.

Das Bedürfnis nach sauberem Trinkwasser und nach rückstandsfreien Lebensmitteln ist unbestritten. Umso mehr erstaunt jedoch das geringe Interesse, das die Initianten der beiden Initiativen den Ursachen des beklagten Missstandes entgegenbringen. Nur mit einer forschenden und geframten Kritik an der Landwirtschaft kann sich die Industriegesellschaft der Verantwortung für die globale Umweltgefährdung nicht entledigen.

Zu lange hat die freihandelsorientierte Agrarkritik mit den Forderungen, die Landwirtschaft müsse effizienter und wettbewerbsfähiger werden, den vermehrten Hilfsstoffeinsatz in der Landwirtschaft geradezu erzwungen. Und zu lange wurde der Verfassungsauftrag, im hohen Lohn- und Kostenumfeld der Schweiz die produzierende Landwirtschaft zu halten, aus wirtschaftsliberaler Sicht einer sogenannten „Agrarlobby“ unterstellt, der es nur darum gehe, sich

mit Staatshilfe vor dem Wettbewerb zu drücken. Und indem nun die Grüne Politik ausgerechnet diese Sicht übernommen hat und die bäuerlichen Familienbetriebe der Hilfsstoffindustrie und dem globalen Agrobusiness zuordnen will, ist die Verwirrung komplett.

Man kann deshalb guten Grund zur Annahme haben, dass die heutige Kampagne «Agrarlobby-stoppen» mit ganzseitigen Inseraten in der NZZ dem verbandsunternehmerischen Kalkül und dem Geschäftsinteresse der Schutzorganisationen entspringt, den Konflikt zwischen Wirtschaft und Natur nicht zu lösen, sondern zu bewirtschaften.

Die SVIL kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass die Dialogbereitschaft des Bauernverbandes sehr wohl — jedoch bei den Schutzorganisationen nicht vorhanden ist.

9. In diesem Zusammenhang muss man in Bezug auf die Unterstellungen, es habe bei der Sistierung der AP22+ im Ständerat und gestern im Nationalrat einen «Deal» bzw. «Kuhhandel» gegeben, auf das berühmte Glashaus verweisen, in dem man sitzt.

Wir erinnern uns an die Debatte um die AP 14-17. Damals lobbyierte die Agrarallianz, bestehend aus den Schutzverbänden, den Labelorganisationen und den Kleinbauern, die sich vorstellen, den Konflikt zwischen Wirtschaft und Natur in ihrer Nische lösen zu können. Sie nutzten deshalb die Möglichkeit, für sich zu schauen und mit der Economiesuisse die damaligen Kräfte im Parlament zu überstimmen, welche den Einkommensabbau in der Landwirtschaft und den Abbau der Ernährungssicherheit als Verstoss gegen die Verfassung sehen. Die Agrarallianz drohte damals damit, falls die produzierende Landwirtschaft diese durchgedrückte Zweckentfremdung der Direktzahlungen in der AP 22+ rückgängig machen wolle, den Deal mit der am Freihandel interessierten Wirtschaft zu wiederholen.

Dass man nun ausgerechnet dem Bauernverband «Deal», «Kuhhandel» etc. zu unterstellen versucht, bestätigt das fehlende Interesse, den Konflikt als Ganzes zu thematisieren.

Die Ernährungssicherheit geht die ganze Bevölkerung an. Wie die Gewichte angesichts der Weltlage zu setzen sind, ist eine politische Frage. In Bezug auf die ökologischen Konflikte ist die schweizerische Landwirtschaft mit ihren im internationalen Vergleich kleineren Strukturen näher bei der Lösung. Dies bedingt jedoch, dass man tatsächlich bereit ist, das für die Schweizer Landwirtschaft sehr hohe Handicap des im internationalen Vergleich sehr hohen Kostenumfeldes nicht immer wieder aus ökonomischen Gründen auf die Landwirtschaft selbst abzuwälzen.

Zürich, 17. März 2021
Schweizerische Vereinigung
Industrie und Landwirtschaft
SVIL

Auskünfte erteilt Hans Bieri, 079 432 43 52